

Das moderne Polen

Autor(en): **Fueter, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **24 (1921-1922)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749031>

Nutzungsbedingungen

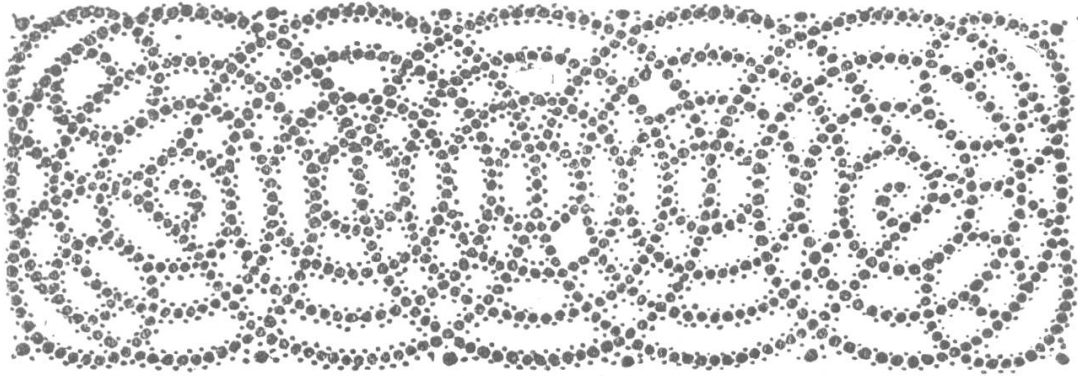
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



DAS MODERNE POLEN

(Eindrücke von einer journalistischen Reise im Juni/Juli 1922)

Das große Publikum bleibt mit seinen Vorurteilen über das Ausland meist um eine Generation hinter der Wirklichkeit zurück. Was es von seinen Vätern und Großvätern über fremdes Land und Volk gehört, muss auch jetzt noch Wahrheit sein, und gegen neue Wandlungen jenseits der Grenzen zeigt es sich oft so blind, als wenn solche gar nicht möglich wären.

Auf keinen der neugegründeten Staaten in Osteuropa trifft dieser Satz wohl so deutlich zu wie auf das wiedererstandene Polen. Alte Schlagworte gehen immer noch von Mund zu Mund, und wie Viele wollen nur den Berichten glauben, die ihren vorgefassten Meinungen entsprechen?

Dem Verfasser dieser Zeilen ist schon vor dem Kriege im Verkehr mit polnischen Studenten aufgefallen, wie entscheidend sich die polnische Mentalität gegenüber früher gewendet hat. Keine Spur mehr von den romantisch-unklaren Aspirationen der älteren Generation. Mit prononciertem Ablehnung sprachen die Jungen von den wenigen Vertretern der alten Auffassung, die noch in der Verbannung in Äußerlichkeiten der Kleidung sich zu dem pittoresk feudalen Polen bekannten. Die Polen unserer Zeit wollten modern sein, geistig mit der Zeit fortschreiten, arbeiten, einen kräftigen Mittelstand, eine Industrie schaffen.

Es waren dies Tendenzen, die man am ehesten mit den Bestrebungen des zeitgenössischen Italiens in Parallele setzen kann.

Auf Schritt und Tritt zeigt sich nun im Lande, dass dieses Programm mehr als ein Programm geblieben ist. Ein arbeitsamer

und tüchtiger Mittelstand hat überall die Leitung in die Hände genommen. Kein antiquarischer Plunder wird durch die Verfassung konserviert wie in Ungarn; der weiße Adler erinnert als einziges Symbol an das alte Polen. Die Adelsprädikate sind offiziell abgeschafft worden. Selbst in Galizien hat der Adel infolge seiner zweideutigen, d. h. wohl viel zu sehr österreich-freundlichen Haltung während des Krieges sein Prestige eingebüßt. Dazu kommt der wachsende Einfluss der Bauern, die sich im Kriege und nachher wie überall stark bereichert haben und denen die beschlossene Reduktion des Großgrundbesitzes Land verschaffen soll, so dass die Zahl der unwirtschaftlichen und ökonomisch unselbständigen landwirtschaftlichen Zwergbetriebe zum Verschwinden gebracht wird. Damit muss auch die etwa noch bestehende Macht des Großgrundbesitzes und damit der einzigen Organisation, die die Traditionen des alten Polens verkörpern könnte, weiter an Boden verlieren.

Was die modernen Polen leisten können, war übrigens schon vor dem Kriege aus den Zuständen in Galizien ersichtlich. Der an Österreich gefallene Teil der Republik war ja das einzige Gebiet, in dem die Polen zeigen konnten, was sie vermochten. Obwohl ihnen die Regierung der Donaumonarchie die mannigfaltigsten Hindernisse in den Weg legte, falls sie eine selbständige Industrie entwickeln wollten, so war doch die Entwicklung ihres nationalen Kulturlebens in keiner Weise behindert und vor allem: die Polen waren dort nicht wie in Russland und Preußen von allen höheren Stellen in der Verwaltung ausgeschlossen. Die Administration im Innern war durchaus polnisch. Und das Resultat? — Nun, so günstig wie nur möglich und sicherlich besser, als unter osteuropäischen Verhältnissen zu erwarten war. Was für eine lebensfrohe schöne Stadt ist die Hauptstadt Lemberg, die doch in allem wesentlichen dieselbe geblieben ist wie zur österreichischen Zeit — sogar die Straßennamen haben (mit Ausnahme einiger unnötiger Erzherzöge, die durch polnische Gedenknamen ersetzt worden sind) bewahrt werden können und noch mehr die Denkmäler mehrerer polnischer Statthalter des Landes, von denen die Polen nicht mit Unrecht das Gefühl haben, sie hätten mehr für Polen als für die alte Doppelmonarchie gearbeitet. Dem Fremden fällt vor allem der gute Zustand der Landstraßen auf, die besser sind nicht nur als die Straßen

im ehemaligen Kongress-Polen (die Russen behandelten ihren polnischen Anteil bekanntlich bloß als Glacis und vernachlässigten systematisch alle Anlagen, die einer einmarschierenden deutschen Armee das Vorrücken erleichtert hätten), sondern auch als im ehemaligen Preußisch-Polen. Von Zakopane, dem Hauptfremdenorte der Hohen Tatra aus, sind für die Touristen Luxusstraßen angelegt worden, die es mit ähnlichen Bauten jedes Landes aufnehmen können.

Österreich hat mit der Freiheit, die es den Polen ließ, dem neuen Staatswesen ein sehr wertvolles Geschenk hinterlassen. Als Polen sich nach anderthalb Jahrhundert dauernder Knechtschaft wieder zu neuem Leben erhob, war das Land nicht nur durch den Weltkrieg aufs stärkste mitgenommen. Es war nicht nur durch die systematischen Zerstörungen, die von den Deutschen während ihrer Okkupation an der konkurrierenden polnischen Industrie vorgenommen worden waren, in seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit schwer getroffen. Es war auch nicht nur durch die Bolschewisierung Russlands um das ehemals beste Absatzgebiet seiner Fabrikate gebracht und später durch neue Konflikte mit Moskau in einen Krieg mit dem östlichen Nachbarn hineingerissen worden. Sondern es fehlte vor allem in großen Teilen des Landes an dem nötigen fachmäßig ausgebildeten Beamtenpersonal, ein Mangel, der um so mehr ins Gewicht fiel, als die Konstituierung des neuen Verwaltungsorganismus außergewöhnlich schwierige Aufgaben stellte. In dieser Lage waren es nun hauptsächlich die Funktionäre des ehemaligen Österreich-Polens, die einigermaßen überall verwendbar waren. Ganz genügten auch sie nicht. Die Rechtsverhältnisse im ehemaligen Kongress-Polen z. B. sind von denen in Galizien so verschieden, dass es für den Beamten aus Lemberg oder Krakau dort zuerst eines tüchtigen Einarbeitens bedarf; auch reichte die Zahl der galizischen Staatsfunktionäre natürlich für das mehr als dreifach vergrößerte Land nicht aus. Glücklicherweise kamen aber den Polen dabei zwei andere Momente zu Hilfe. Zunächst hatte die russische Revolution neben vielen ungünstigen Wirkungen auch die günstige Folge, dass viele Polen, die in Russland leitende Stellungen eingenommen hatten, in ihr Vaterland zurückgetrieben wurden. Es ist in Westeuropa wohl kaum bekannt, wie viele Polen sich zur Zeit des Zarentums in russischen Fabriken als Direktoren

oder Oberingenieure betätigt haben. Andere Polen waren im Kriege dank den Eigenschaften, die sie im Frieden in Fabriken avancieren ließen, zu hohen Stellen im russischen Generalstab gelangt; ein ebenso lebenswürdiger wie offenbar hervorragend fähiger Pole, der jetzt Direktor der nordöstlichen Eisenbahnrondissements in Polen ist, nachdem er während des Krieges einen führenden Posten im russischen Generalquartier eingenommen hatte, erzählte uns, dass damals das Personal unter ihm zu 70% aus Polen bestanden hätte.

Das zweite, vielleicht noch wichtigere Moment ist der Patriotismus der Polen. Niemals hat sich vielleicht so deutlich gezeigt, wie wenig auch die brutalsten antinationalen Unterdrückungsmaßnahmen vermögen, wenn sie einem Volke gegenüber angewendet werden, das nun einmal nicht auf sein Volkstum verzichten will. Was half es, dass in den Gymnasien in Kongress-Polen die Schüler nicht einmal untereinander polnisch sprechen durften und dass, wer zweimal über dem Gebrauch seiner Muttersprache erwischt wurde, von der Anstalt relegiert wurde? Es ist nichtsdestoweniger aus dem russischen Gymnasium in Wilna (dem schönen, wie so Vieles in Polen nicht nur an Italien erinnernden, sondern von Italienern entworfenen Bau, der nun wieder in den Sitz einer Universität zurückverwandelt wird), General Pilsudski, das jetzige Oberhaupt Polens, hervorgegangen. Was nützte es, dass in Kongress-Polen nur russische Straßennamen, in Preußisch-Polen nur deutsche geduldet wurden? Posen ist seiner Bevölkerung nach doch eine polnische Stadt geblieben und nun, nachdem die Eingewanderten, die deutschen Beamten und auch die zu den Deutschen haltenden Juden die Stadt verlassen haben, hört man dort nur noch die weichen Laute des slawischen Idioms. Wer weiß, ob nicht die Unterdrückung den Willen zur Bewahrung der Nationalität noch gestärkt hat! Der ergreifende Moll-Gesang, in dem die Polen unter preußischer Herrschaft bekundeten, dass sie sich nie würden germanisieren lassen, ist jetzt, nachdem er in der Öffentlichkeit gesungen werden darf, beinahe zur zweiten Nationalhymne Polens geworden.

Dieser Patriotismus wäre nun aber ganz und gar nicht modern polnisch, wenn er sich in Reden und Aufrufen und militärischem Heroentum erschöpfen würde. Er hat seine erste Probe auf die Wirklichkeit abgelegt, indem er zu aufopfernder, verhältnismäßig

bescheidener Arbeit befähigte. Damit ist die Lücke, die durch das Aufhören der von Fremden (Preußen und Russen) besorgten Verwaltungstätigkeit gerissen wurde, wenigstens einigermaßen geschlossen worden. Stark beschäftigte Advokaten, gutbezahlte Sekretäre von Industriekonzernen stellten sich in den Dienst des Vaterlandes und nahmen mäßig dotierte Stellen an, nur damit es nicht an leistungsfähigem Beamtenpersonal fehle.

Manches frühere Opfer lohnt sich jetzt. Die Polen hatten es trotz der latenten Opposition der russischen Behörden vor etwa zwanzig Jahren durchgesetzt, dass sie in Warschau aus privaten Mitteln eine eigene, aus sieben Abteilungen bestehende polytechnische Schule gründen durften. Dank diesem Umstand (und natürlich anderen Möglichkeiten, wie vor allem der immer und immer wieder mit außerordentlicher Dankbarkeit anerkannten Freiheit, an der technischen Hochschule in Zürich zu studieren) besitzen die Polen nun einen Stock ausgebildeter Ingenieure und Techniker, der es ihnen erleichtert hat, sich auch in den Fabriken innerhalb des ehemals preußischen Gebietes ohne deutsche Ingenieure und Werkmeister zu behelfen (nur teilweise werden Franzosen und Schweizer beschäftigt).

Wir sind auf unserer Reise mit zahlreichen Vertretern dieser neuen polnischen Beamtenschaft in Berührung gekommen. Administrative Fähigkeiten lassen sich natürlich nicht im Gespräch erkennen; aber der Eindruck war doch bei dem Verfasser dieser Zeilen sehr deutlich der, dass man es hier mit einer Gruppe tüchtiger, praktisch erfahrener und energischer Männer zu tun hatte. Das Herausstreichen eigener nationaler Verdienste, wie es bei jungen Völkern nicht selten ist, fehlte ganz. Man hatte auch das Gefühl, dass die Ausbildung in praktischen Berufsarten die Abwesenheit gewisser bürokratischer Manieren nach sich gezogen hatte, die nicht ohne Wert ist.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND AUSWÄRTIGE POLITIK

Dass Polen die wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt, die der Arbeit der Verwaltung und Industrie erst die sicheren Grundlagen schaffen, ist unbestritten. Es gehört zu den glücklichen Ländern, die weder für ihre Ernährung noch für den Bezug lebenswichtiger Rohstoffe auf das Ausland angewiesen sind. Der Krieg

hatte Polen zwar stark zurückgebracht. Die Verwüstungen, die im Gefolge militärischer Operationen eingetreten waren (wozu nicht zum mindesten die systematischen Verwüstungen gehören, die von den Russen auf ihrem Rückzuge vorgenommen wurden) und die auch nachher noch andauernde Unsicherheit (Kämpfe mit den Bolschewisten und in Galizien mit den Ruthenen) hatten es allerdings in den ersten Jahren nach Friedensschluss mit sich gebracht, dass das Land, das in alter Zeit einen großen Teil Westeuropas mit Getreide versorgt hatte und jetzt in die Lücke der russischen Kornlieferung zu treten vermöchte, Brotfrucht und Mehl aus den Vereinigten Staaten beziehen musste. Aber die energische Arbeit seiner Bauern hat dieses Minus bald wieder in ein Plus umgewandelt. Die im Kriege zerstörten Dörfer sind zwar noch nicht alle wiederaufgebaut; aber die Felder sind überall wieder bestellt. Polen konnte bereits im vorigen Jahre, was Getreideversorgung betrifft, wieder sich selbst genügen und im nächsten Jahr (einige, allerdings wenig zahlreiche Optimisten sprechen sogar schon von dem *laufenden* Jahr) soll wieder die Ausfuhr von Korn aufgenommen werden. Der außerordentlich stark dezimierte Viehstand hat wieder hergestellt werden können, so dass auch in den großen Städten frische Milch in beliebigen Quantitäten frei verkauft wird. Kartoffeln sind im Überfluss vorhanden, so dass die Liqueurfabrikation — neben dem Textilgewerbe die wichtigste Exportindustrie der Republik — in grossem Umfange wieder aufgenommen werden können. Die Naphta(Petroleum)-Produktion in Ostgalizien liefert allerdings nur etwa 60 % der Produktion vor dem Kriege; doch hängt dies nur mit einer gewissen Erschöpfung der seit längerer Zeit angebohrten Regionen zusammen und bei Auffindung neuer, mit geringeren Kosten auszubeutender Quellen kann der Ertrag leicht wieder auf die alte Höhe steigen, auch ist jetzt schon Export in beträchtlichem Umfange möglich. Die Angliederung eines Teiles von Oberschlesien wird Polen dann auch, was die Kohle betrifft, aus einem Einfuhr- zu einem Ausfuhrland machen. Auch Salz kann aus den reichhaltigen Gruben am Fuße der Karpathen und südlich von Krakau ausgeführt werden. Noch mehr ins Gewicht fällt wohl der unermessliche Reichtum des Landes an Holz. Die allem Anschein nach systematisch aufgeforsteten Wälder in Galizien und gegen Weißrussland zu, die jetzt zum allergrößten Teil in den Besitz des Staates übergehen sollen, dürften noch auf

Jahrzehnte hinaus (selbst wenn in gewissem Umfange Raubbau getrieben werden sollte) dazu verhelfen, die Handelsbilanz der Republik (wie die Polen von einer nicht fernen Zukunft nicht mit Unrecht erhoffen) aktiv zu gestalten.

Auch haben die Polen ihr möglichstes getan, um den Vertrieb dieser Produkte zu erleichtern. Ihr Eisenbahnsystem genügt zwar keineswegs allen Ansprüchen, hauptsächlich deshalb nicht, weil die Russen aus strategischen Gründen den Bau von Schienenwegen im ehemaligen Kongress-Polen vernachlässigten. Aber was schon vor dem Kriege bestand, ist alles wieder hergestellt. Die Bahnhöfe von Städten wie Lemberg zeigen keine Spuren der mannigfachen Kriegszüge mehr, die von Osten und Westen über sie hinwegbrachten. Welche Arbeit dabei zu leisten war, geht schon nur aus der einen Tatsache hervor, dass allein im Wilnaer Eisenbahn-Distrikt nicht weniger als 290 gesprengte Eisenbahnbrücken neu gebaut werden mussten. Die Errichtung weiterer Linien ist in Aussicht genommen. Auch der Bau weiterer Güterwagen, mit denen es noch etwas knapp steht, ist vorgesehen; die Maschinenfabrik Cegielski in Posen — vor dem Krieg eine kleine Anlage mit 120 Arbeitern, 1918 dann mit 500 Arbeitern, die hauptsächlich mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren — hat seit der Übernahme von den Deutschen (1920) zu der schon lange gepflegten Fabrikation von Lokomobilen und landwirtschaftlichen Traktoren noch die von Güterwagen hinzugefügt (500 Stück jährlich) und will sogar noch die Herstellung von Lokomotiven übernehmen, um die Heimat auch auf diesem Gebiet von Deutschland unabhängig zu stellen. Die Fabrik beschäftigt gegenwärtig 1200 Arbeiter und Angestellte und zahlt 20 % Dividende, ihre Aktien befinden sich alle in polnischen Händen. Sie produziert übrigens gegenwärtig 180—200 Lokomobile jährlich; ihre Traktoren werden zum größten Teile an einheimische landwirtschaftliche Genossenschaften verkauft — ein weiterer Beweis dafür, wie es mit der polnischen Landwirtschaft aufwärts geht.

Der einzig dunkle Punkt in diesem Gemälde ist die Unsicherheit der Grenzen. Im Augenblick besteht allerdings keine Gefahr. Momentan drücken andere Sorgen, wie die Sanierung der nicht zum mindesten durch den Krieg mit den Bolschewisten schwer geschädigten Staatsfinanzen, die damit zusammenhängende Frage der Hebung der Valuta, die Schwierigkeit, wie Polen sich die zur Modernisierung

des Landes und zum Nachholen der von den früheren Verwaltungen begangenen Unterlassungen dringend nötigen Kapitalien verschaffen kann. Aber während es sich hiebei letzten Endes nur um Probleme der Übergangszeit handelt, ist die Frage der künftigen Grenzen eine Sache, die noch lange im Ungewissen bleiben kann.

Dabei liegen die Dinge so, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit nur behauptet werden kann, wenn das jetzige Gebiet unangestastet bleibt. Für die Getreideproduktion kann die Republik allerdings auf den Kern ihres Landes zählen, der ihr wohl niemals entrisen werden wird, obwohl schließlich auch die ostgalizischen Gefilde zu den fruchtbarsten Regionen des Reiches gehören. Aber selbst hier ist die Möglichkeit des Exportes nur so lange gesichert, als der Zugang zur See über Danzig unbedingt offen steht. Nun haben allerdings die Großmächte, in Erinnerung an die berüchtigten Erdrosselungsversuche Österreich-Ungarns gegen das vom Meer abgeschlossene Serbien, durch die Gründung der „Freien Stadt Danzig“ ihr möglichstes getan, damit die Polen ihre Produkte ungefährdet übers Meer verschiffen können; Polen hat auch vor kurzem erreicht, dass Danzig in das polnische Zollgebiet einbezogen wird in der Weise, dass die Einfuhrbeschränkungen Polens auch für Danzig gelten, ferner steht der Zolldienst der Stadt unter polnischer Kontrolle. Auch besitzt der paritätische Hafenausschuss, dem als Schiedsrichter des Völkerbundes unser Landsmann Oberst de Reynier aus Neuenburg vorsteht, im Freihafen einen großen Komplex, so dass die Polen auch hier etwaigen feindseligen Maßregeln der Danziger Behörden nicht vollständig preisgegeben sind. Außerdem scheint es, als wenn die Stimmung zwischen Polen und Danzigern sich wesentlich gebessert hätte. An kleinen Chikanen fehlt es zwar nicht; aber im allgemeinen haben die Danziger eingesehen, dass sie fürs erste sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden haben. Dass sie dabei deutlich auch den Polen gegenüber die Hoffnung aussprechen, dass einmal eine Zeit kommen werde, wo solche Arrangements zur Sicherung des freien Transites nicht mehr nötig sein werden, und dass sie dann auch wieder mit ihrem deutschen Mutterlande vereinigt zu werden erwarten, wird ihnen niemand verargen; die Hauptsache ist, dass sie für den Augenblick ehrlich mit der Realität rechnen und den Polen nicht in kritischen Momenten Schwierigkeiten in den Weg legen wie seinerzeit beim polnisch-

bolschewistischen Kriege. Außerdem ist ja zu sagen, dass dem geistigen Zusammenhange mit Deutschland kein Hindernis gemacht wird. Danzig ist ja in keiner Weise polonisiert worden. Es hat nicht nur sein eigenes deutsches Recht behalten, sondern selbst deutsche Währung. Auch ist bekanntlich die Gründung der freien Stadt gerade erfolgt, weil die Siegerstaaten die Stadt nicht zu dem fremdstämmigen Hinterland hinzuschlagen wollten. Da die Polen sogar in unmittelbar zu ihnen gehörigen Landesteilen den Deutschen absolut Pressefreiheit gewähren (was in Kattowitz in Oberschlesien gegen die Polen gedruckt werden darf, haben wir durch die Lektüre der dort erscheinenden deutschen Zeitungen selber kontrollieren können), so werden sie in Danzig erst recht nicht (auf diplomatischem Wege etwa) einschreiten wollen.

Wie weit ihre Toleranz gehen kann, hat unsere Pressedelegation am eigenen Leibe erfahren. Obwohl den Polen daran liegen musste, dass wir über Danzig hauptsächlich von ihrer Seite oder dann doch von vorsichtigen Persönlichkeiten wie dem korrekten Oberbürgermeister Sahm unterrichtet würden, ließen sie es zu, dass wir von Vertretern Danzigs herumgeführt wurden, die uns u. a. einen stark auf Propaganda eingestellten Vortrag des städtischen Archivars anhören ließen. Man bekam also sicherlich nicht nur *eine* Seite zu hören. Leider hatten wir dafür gar keine Gelegenheit, mit eingeborenen Danzigern und speziell Vertretern der Handelswelt zu reden. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, was diese Kreise über die kommerziellen Entwicklungsmöglichkeiten der neuen Lage denken. Gegenwärtig kann es sich ja natürlich nur um Anfänge handeln. Der Getreideexport hat, wie bereits bemerkt, noch nicht eingesetzt und die Holz- ausfuhr kann allein den Verkehr auf der Weichsel, auf die die alten Speicher und Schuppen so still und nachdenklich herunterschauen, nicht genügend beleben. Es wäre daher von Wichtigkeit gewesen, die Ansicht der Fachleute zu vernehmen, um so mehr als die Vergangenheit keine Analogieschlüsse auf die Gegenwart erlaubt. Zur Zeit des alten Danzig gab es ja noch keinen Eisenbahnfrachtverkehr, der dem Schiffstransport hätte Konkurrenz machen können. Immerhin ist kaum glaublich, dass die Anschauungen der Handelsherren noch dieselben geblieben wären wie zur Zeit des Vaters Schopenhauer, als die regierenden Geschlechter oder wenigstens viele von ihnen ebenso sehr an der Verbindung mit Polen festhielten,

wie sie das preussische Regime verabscheuten. Heutzutage dürften auch in Danzig nationale Erwägungen dominieren, was vielleicht auch dadurch bewiesen wird, dass innerhalb der bürgerlichen Parteien der Stadt die Deutschnationalen, d. h. die Alldeutschen die größte Anhängerschaft besitzen.

Doch wie gesagt, die Vertreter der Behörden und der Presse, die wir zu sehen bekamen, waren ausschließlich zugewanderte. Verwundern mag man sich dabei, dass die Würde des Oberbürgermeisters gerade dem jetzigen Inhaber übertragen wurde. Denn Herr Sahm, das Muster eines diplomatisch-korrekten Beamten, bringt zwar zweifellos schätzbare Eigenschaften und große Erfahrung zu seinem neuen Posten mit; er hatte aber während des Krieges als Gouverneur in Warschau gewirkt und dort nicht gerade angenehme Erinnerungen hinterlassen, so dass er sogar auf die Liste der Männer gesetzt wurde, die sich gegen die Kriegsgesetze vergangen hatten. Die Polen fanden sich aber auch mit dieser etwas sonderbaren Wahl ab, und nachdem sie den neuen Oberbürgermeister anfangs ignoriert hatten, nahmen sie bald die Beziehungen zu ihm auf.

Die polnische Regierung gedenkt übrigens keineswegs, sich für die Zukunft allein auf die loyalen Gefühle der Danziger Behörden zu verlassen. In Gdingen, nahe bei dem noch zu Danzig gehörigen Seebadeorte Zoppot, aber bereits auf polnischem Gebiet, haben die Polen begonnen, einen eigenen rein polnischen Hafen zu bauen. Bereits ist eine mächtige Mole errichtet worden, die nicht weniger als 450 Millionen Mark gekostet hat. In der dadurch geschützten Bucht liegen die Anfänge der künftigen polnischen Kriegsflotte.

Man begreift das polnische Unternehmen, das an sich nicht unpraktisch ausgedacht ist, kann doch Gdingen sowohl durch Kanäle mit der Weichsel wie vor allem durch eine Bahn, die Danziger Gebiet nicht berühren würde, mit Polen verbunden werden. Aber es ist ein Zeichen für die Unsicherheit der Zustände, dass die Polen gleichsam ein zweites, künstliches Danzig errichten müssen, weil sie sich in kritischen Zeiten auf den alten bereits bestehenden Hafen nicht verlassen können.

In mancher Beziehung ähnlich liegen die Verhältnisse in *Oberschlesien*. Theoretisch besteht keine Sicherheit, dass Polen dieses Gebiet, durch das es erst von auswärtiger Zufuhr an Kohlen un-

abhängig gemacht wird, auf alle Zeiten unangefochten behalten kann. Aber auch hier liegt die Gefahr nicht in der Möglichkeit gewaltsamer Wegnahme. Deutschland wird auf lange Jahre hinaus sowohl wirtschaftlich wie militärisch zu einem Angriffskriege außer stande sein, mindestens zu einem erfolgreichen Angriffskriege. Wohl aber kann die Ausbeutung Polnisch-Oberschlesiens von Deutschland aus mannigfach geniert werden.

Schlimm ist, dass der oberschlesische Konflikt den Zustand latenter Feindschaft, der zwischen Deutschland und Polen besteht, noch verschärft hat. Auf offenem Feld kann zwar nicht gekämpft werden; um so schärfer werden aber auch hier die handelspolitischen Waffen verwendet. Deutschland boykottiert Polen nach wie vor und hat zum Abschluss eines Handelsvertrages bisher noch nicht die Hand geboten. Natürlich kann eine solche Absperrung in der Praxis nicht durchgeführt werden; aber damit ist nicht gesagt, dass sie Polen nicht Schaden bringt. Wenn die Polen z. B. gewisse deutsche Maschinen, die sie zur Fabrikation ihres unentbehrlichsten Genussmittels, nämlich der Zigaretten, nötig haben (in Polen werden täglich 130 Millionen Zigaretten geraucht) — wenn die Polen solche Maschinen auf dem Umweg über Holland beziehen müssen, andere deutsche Fabrikate durch Agenten in Österreich oder Danzig kaufen müssen, so ist anzunehmen, dass der Zwischengewinn der holländischen Händler die Ware nicht eben verbilligt hat. Auch die Sperre, die von Deutschland gegenüber dem Frachttransitverkehr über Polen angewendet wird, trifft Polen im Moment gewiss nicht sehr schwer, da der Handel Deutschlands mit Russland sowieso nicht sehr bedeutend ist; immerhin entgehen den polnischen Eisenbahnen so alle die Summen, die ihnen sonst für den Transport nach den Randstaaten wie Lettland gezahlt worden wären. Die Polen hoffen in dieser Beziehung nur, dass sie später, wenn einmal der Handel nach Russland wieder normale Proportionen angenommen haben wird, dann ihrerseits den deutschen Produkten die Durchfahrt durch ihr Land so lange sperren können, bis der Gegner sich zur Aufhebung seines Boykottes verstanden hat.

Immerhin handelt es sich bei alledem um Belästigungen untergeordneter Art. Relativ näher liegt die Gefahr, dass die gegenwärtigen *Ost*grenzen wieder zur Diskussion gestellt werden könnten. Denn erstens ist die Möglichkeit, dass sich wieder ein Großstaat

Russland bildete, beträchtlich größer als das Wiederaufleben Deutschlands als einer Weltmacht, und dann wendet sich im Osten das nationale Prinzip, auf das sich Polen im Westen zu seinem Vorteil berufen konnte, *gegen* den jetzigen Besitzstand der Republik. Lemberg ist sicherlich, wie übrigens schon die heroische Haltung seiner Bevölkerung gegen die von Österreich gegen sie aufgestellten ruthenischen Regimenter beweist, keine ruthenische, sondern eine beinahe rein polnische Stadt. Es wird wohl auch zutreffen, dass die antipolnische Agitation in Ostgalizien so gut wie ausschließlich in den Händen der numerisch schwachen Intelligenz liegt (die z. T. emigriert ist), während die ruthenische Bauernbevölkerung der Bewegung indifferent gegenübersteht und durch häufige eheliche Verbindungen mit den bei ihnen ansässigen Polen die Abwesenheit eines „Rassenhasses“ bezeugt. Zweifellos richtig ist außerdem, dass, so wie gegenwärtig die Verhältnisse in Russland liegen, auch fremdstämmige Volksteile sich lieber unter polnischer Herrschaft befinden, statt bolschewistischer Anarchie und Hungersnot anheimzufallen. Aber damit ist die Gefahr nicht aus der Welt geschafft, dass jede imperialistische russische (oder ukrainische) Regierung das Argument des nationalen Zusammenhanges benutzen könnte, um von Polen die Abtretung des ostgalizischen Naphtagebietes, d. h. einer der wichtigsten Wohlstandsquellen des Landes, zu fordern. Man begreift deshalb auch den Schmerz der Polen, dass die Frage von den fünf Großmächten, die in der Sache zuständig sind, immer noch nicht geregelt worden ist. Es verhält sich nämlich gegenwärtig so, dass zwar alle Nachbarstaaten mit der gegenwärtigen Gebietsverteilung in Ostgalizien einverstanden sind, die internationale Garantie der Großstaaten dagegen noch aussteht. Ein neu konstituiertes Russland könnte also Anspruch auf Ostgalizien erheben, ohne damit in einen durch die Weststaaten definitiv geregelten Besitzstand einzugreifen.

Wie weit man dabei die Argumente der Polen in Westeuropa berücksichtigen will, wird hauptsächlich davon abhängen, in welcher Weise man sich überhaupt die Entwicklung der Verhältnisse im europäischen Staatensystem denkt. An sich klingt das Plaidoyer für die Angliederung Ostgaliziens recht überzeugend. Verliert Polen die Distrikte östlich von Lemberg, so verliert es auch seine Verbindung mit Rumänien, d. h. mit *dem* Nachbarstaat, mit dem es

keine territorialen Streitigkeiten hat. Dies bedeutet auch das Ende des freien Zutrittes zum Schwarzen Meer. Russland würde dann seinen Einfluss auf die Tschechoslowakei gewaltig verstärken und in Verbindung mit Deutschland könnte es auf Polen einen unerträglichen Druck ausüben. Die Unabhängigkeit Polens wäre dann nur noch eine Redensart. (Schluss folgt.)

BASEL

EDUARD FUETER



DER DEUTSCHE BANKROTT UND SEINE WIRKUNGEN

Allen Hoffnungen und Berechnungen zum Trotz hat die Entwertung der deutschen Zahlungsmittel seit dem Waffenstillstand unaufhaltsame und katastrophale Fortschritte gemacht. Vielfach hört man heut die Befürchtung aussprechen, dass Deutschland demnächst den Bankrott anmelden werde. Diese Befürchtung ist unbegründet. Denn nach *außen* hin ist ja der Bankrott bereits eine vollzogene Tatsache. Jedenfalls bewertet das Ausland eine deutsche Papiermark heut nur noch mit 1 Centime Schweizer Währung, was praktisch so viel heißt, dass die deutsche Papiermark ihre Kaufkraft auf den Auslandsmärkten *verloren* hat. Ein Staat aber, dessen Zahlungsmittel nur noch ein Hundertstel ihrer ehemaligen Kaufkraft besitzen, ist offenbar ein *bankrotter* Staat.

Innerhalb der deutschen Reichsgrenzen sehen freilich viele Dinge noch nicht nach Bankrott aus. Die zahlreichen Interessenten der Hochfinanz, der Börse und des Exporthandels, die infolge der fortschreitenden Geldentwertung riesenhafte Konjunkturgewinne erzielen, sind bemüht, dem Volke weiszumachen, dass die Geldentwertung große Vorteile für die Volkswirtschaft mit sich bringe. Und in der Tat machen gewisse Nebenerscheinungen des fortschreitenden Bankrotts (zum Beispiel das Vorhandensein anormal großer Exportaufträge und das völlige Verschwinden der Arbeitslosigkeit) auf den ersten Blick den Eindruck einer noch nie dagewesenen Prosperität. Was wunder also, wenn es dem deutschen Volke mit diesem Bankrott ergeht, wie dem Ehemann im Lustspiel, der im ganzen Städtchen der einzige ist, der die eheliche Untreue seiner Frau noch